



Freie und Hansestadt Hamburg

Volksentscheid „Hamburg testet Grundeinkommen“ am 12. Oktober 2025

Stellungnahme der Bürgerschaft

**Für die Stellungnahme der Initiative
bitte das Heft umdrehen.**

Weitere Informationen zur Stellungnahme der Bürgerschaft erteilen:

SPD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft, Rathaus, Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg
Telefon: 040 42831-1325
E-Mail: info@spd-fraktion.hamburg.de, Internet: www.spd-fraktion-hamburg.de

CDU-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft, Rathaus, Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg
Telefon: 040 42831-1382
E-Mail: rathaus@cdu-hamburg.de, Internet: www.cdu-hamburg.de

GRÜNE-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft, Geschäftsstelle, Burchardstraße 21, 20095 Hamburg
Telefon: 040 42831-1397,
E-Mail: info@gruene-fraktion-hamburg.de, Internet: www.gruene-hamburg.de

Die Linke-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft, Rathaus, Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg
Telefon: 040 42831-2250
E-Mail: info@linksfraktion.hamburg.de, Internet: www.linksfraktion-hamburg.de

AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft, Geschäftsstelle, Schmiedestraße 2, 20095 Hamburg
Telefon: 040 42831-2518
E-Mail: info@afd-fraktion.hamburg.de, Internet: www.afd-fraktion-hamburg.de

Weitere Informationen zur Stellungnahme der Initiative erteilt:

Volksinitiative „Hamburg testet Grundeinkommen“
Hamburg testet Grundeinkommen, c/o eeden Hamburg, Stresemannstraße 132a, 22769 Hamburg
Telefon: 040 468 973 000
E-Mail: volksentscheid@hamburg-testet-grundeinkommen.de
Internet: www.hamburg-testet-grundeinkommen.de

Volksinitiative, Volksbegehren, Volksentscheid

Nach Artikel 50 der Hamburger Verfassung kann das Volk auch direkt an der Gesetzgebung der Bürgerschaft mitwirken oder eine Befassung der Bürgerschaft mit bestimmten Gegenständen der politischen Willensbildung beantragen.

Das geschieht in drei Schritten: Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid.

Wenn dieses Volksabstimmungsverfahren erfolgreich abgeschlossen werden soll, muss das Anliegen der Initiatoren bei allen drei Schritten von den zur Bürgerschaft Wahlberechtigten jeweils in einem bestimmten Umfang unterstützt werden.

Zustande gekommen ist

- eine Volksinitiative, wenn sie von 10.000 der Wahlberechtigten unterstützt wurde;
- ein Volksbegehren, wenn es von einem Zwanzigstel der Wahlberechtigten unterstützt wurde;
- ein Volksentscheid, der nicht am Tag einer Wahl zum Deutschen Bundestag oder zur Hamburgischen Bürgerschaft durchgeführt wird, wenn mehr Ja- als Nein Stimmen abgegeben werden und zusätzlich mindestens ein Fünftel der Wahlberechtigten (262.609 Personen) mit „Ja“ stimmen. Grundlage ist die Anzahl der zur letzten Bürgerschaftswahl Wahlberechtigten (1.313.043).

Die Bürgerschaft kann jeweils nach einem erfolgreich abgeschlossenen Schritt prüfen, ob sie das Anliegen der Initiatoren übernimmt. Falls ja, entfallen die weiteren Schritte dieser Volksabstimmung. Falls nein, können die Initiatoren prüfen, ob sie die Durchführung des nächsten Schritts beantragen.

Die inhaltliche Auseinandersetzung über das Anliegen der Volksabstimmung findet zwischen den Initiatoren und der Bürgerschaft statt. Daher enthält dieses Informationsheft jeweils eine Stellungnahme der Initiatoren und der Bürgerschaft zum Thema des Volksentscheids.

Der Senat und der Landesabstimmungsleiter haben demgegenüber ausschließlich die Aufgabe, die rechtmäßige Durchführung der Volksabstimmung sicherzustellen.

Ein erfolgreicher Volksentscheid bindet Bürgerschaft und Senat.

Die Initiatoren und die Bürgerschaft sind jeweils für den Wortlaut ihrer Stellungnahme verantwortlich. Das Hamburgische Pressegesetz findet keine Anwendung (§ 19 Absatz 2 Volksabstimmungsgesetz).

Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Inneres und Sport
Geschäftsstelle des Landeswahlleiters
Johanniswall 4, 20095 Hamburg

Inhaltsverzeichnis

der Stellungnahme der Bürgerschaft nach Fraktionen

Stellungnahmen	Seite/n
Fraktionen der Bürgerschaft	
SPD und GRÜNE	3 - 6
CDU	7
Die Linke	8
AfD	9

Extrem teuer: Über 46 Millionen Euro für ein Sozialexperiment?

Die Studie „Hamburg testet Grundeinkommen“ soll laut Initiative **mindestens 46 Millionen Euro** kosten. Daran sollen nur **2.000 Menschen** über drei Jahre teilnehmen – und nicht alle Hamburger*innen.

46
Millionen €

1.910.000

Hamburger*innen zahlen

für **2.000**
Teilnehmende der Studie

Keine 46 Millionen Euro für ein Sozialexperiment!

Anders als es die Volksinitiative behauptet, bringt ihr Plan keinen echten sozialen Fortschritt. Im Gegenteil: Es ist ein extrem teures und unnötiges Experiment. **Hier die wichtigsten Gründe, warum wir den Vorschlag ablehnen:**

1. Viel zu teuer

Mit dem Geld können wir Sinnvolleres tun. Die Studie soll laut Initiative **mindestens 46 Millionen Euro** kosten. Fachleute rechnen sogar mit noch mehr. Denn: Verwaltung, Forschung und Beratung sind da noch gar nicht berücksichtigt! Dieses Geld kann besser investiert werden.

2. Keine neuen Erkenntnisse

So eine Studie lief **bundesweit bereits!** Die Ergebnisse waren bisher **nicht bahnbrechend**. Eine kleinere Studie nur in Hamburg wäre **unnötig** und bringt **wissenschaftlich keinen Mehrwert**. Sie wäre nur ein teurer Kostenfaktor.

3. Kein richtiges Grundeinkommen

Die Initiative verspricht ein „bedingungsloses Grundeinkommen“, aber ihr Vorschlag ist **gar nicht bedingungslos**. Es muss trotzdem geprüft werden, ob jemand bedürftig ist, und Einkommen wird angerechnet.

Außerdem sollen nur **2.000 Menschen** über drei Jahre teilnehmen – und nicht alle Hamburger*innen. Zudem müssen noch einmal 2.000 Hamburger*innen als Kontrollgruppe teilnehmen, die damit viele Dokumentationspflichten haben, aber nichts ausgezahlt bekommen. Das ist kein richtiges Grundeinkommen!



Gute Politik für Hamburg statt teure Experimente

Soziale Sicherheit für alle ist uns als SPD und Grüne sehr wichtig. Um das zu erreichen, gibt es viele Ideen und Ansätze – das bedingungslose Grundeinkommen ist eine davon. Doch die **Volksinitiative „Hamburg testet Grundeinkommen“** bringt uns mit ihrem Vorschlag auf dem Weg zu mehr sozialer Sicherheit **nicht weiter**.

Was wir stattdessen tun:

Hamburg ist sozialpolitisch **bereits gut aufgestellt**. Wir setzen auf **echte soziale Absicherung, Chancengerechtigkeit und gute Bildung** für alle. So sorgen wir für ein erfülltes Leben bis ins hohe Alter.

Wir unterstützen effektiv und gezielt!

Es gibt schon **viele soziale Hilfen, etwa bei Arbeitslosigkeit**, durch die Grundsicherung im Alter und das Wohngeld. Damit werden die Menschen verlässlich aufgefangen – **genau dann, wenn sie es brauchen**.

Wir haben viele gute Jobs und wollen mehr!

Hamburg hat einen **gut aufgestellten Arbeitsmarkt**. SPD und Grüne setzen sich dafür ein, dass alle in Hamburg einen **sicheren Job** haben, von dem man gut leben kann.

Wir setzen Geld gezielt ein – nicht für Experimente!

Wir setzen das Geld, das wir haben, dort ein, wo es **echte Probleme** gibt. Zum Beispiel unterstützen wir gezielt Menschen mit wenig Geld, entlasten anders als andere Kommunen mit dem kostenlosen Schüler*innenticket und gebührenfreien Kitaplätzen direkt und effektiv Familien, sorgen für **gute Schulen, sichere Straßen und bezahlbaren Wohnraum**. Das bringt allen Menschen in Hamburg etwas!

Unser Fazit: Hamburg braucht kein Grundeinkommens-Experiment!

Die Volksinitiative „Hamburg testet Grundeinkommen“ ist **nicht zielführend**.

Stattdessen soll viel Geld in ein **begrenzt, bürokratisches und unklares Experiment** fließen, ohne dass sich die Lage für die Menschen in unserer Stadt wirklich verbessert.

In Hamburg setzen sich viele Menschen für mehr soziale Gerechtigkeit ein. Ihr Engagement ist von großem Wert und für sozialen Fortschritt unerlässlich.

Aber zu echter Solidarität gehört auch, dass wir das Geld der Stadt Hamburg **sinnvoll und gezielt einsetzen**. **46 Millionen Euro für ein Experiment, das keine Probleme löst oder neue Erkenntnisse liefert, sind der falsche Weg**.

Wir setzen auf echte Hilfe für alle, die sie brauchen.

SPD und Grüne lehnen den Gesetzentwurf der Volksinitiative deshalb ab.



Wir wollen auch weiterhin eine echte soziale Absicherung, Chancengerechtigkeit und gute Bildung für alle sowie eine starke, innovative Wirtschaft mit fair bezahlten und sicheren Jobs!

Für Gerechtigkeit und Anerkennung von Leistung statt teurer Experimente

Der geplante Modellversuch zum bedingungslosen Grundeinkommen mag gut gemeint sein, ist jedoch sozial ungerecht, wirtschaftlich untragbar und untergräbt unseren Sozialstaat.

Kostenintensiv und kein Nutzen für die Allgemeinheit: Ein bedingungsloses Grundeinkommen ohne Bedürftigkeitsprüfung oder Gegenleistung wäre sehr teuer und ungerecht gegenüber allen, die hart arbeiten. Gleichzeitig ergeben sich daraus keine Vorteile für Hamburg.

Prinzip Gießkanne statt passgenauer Hilfe: Statt pauschaler Zahlungen braucht es gezielte Maßnahmen für Menschen in Notlagen. Unser Sozialstaat bietet individuell abgestimmte Hilfen. Ein Grundeinkommen würde diese funktionierenden Strukturen untergraben.

Wenig Erkenntnisgewinn, falsches Signal: Ein lokal begrenzter Test in Hamburg ist nicht repräsentativ für Deutschland. Internationale Experimente – etwa in Finnland oder Kanada – wurden teils vorzeitig beendet und gelten als gescheitert.

Fazit: Der Volksentscheid stellt ein kostspieliges, unausgereiftes Projekt zur Abstimmung, das mehr Fragen aufwirft als beantwortet. Die CDU-Fraktion setzt stattdessen auf Gerechtigkeit und eine Sozialpolitik mit klarem Fokus: Hilfe dort, wo sie gebraucht wird. Bitte stimmen Sie gegen dieses teure Experiment ohne Perspektive.



Die Linke
Fraktion Hamburg

Die Linke setzt sich seit Jahren intensiv mit dem Konzept eines Bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) auseinander. Der Mitgliederentscheid 2022 und die Debatten auf Parteitagen haben gezeigt: Wir sind uns einig, dass die Diskussion fortgeführt werden muss – auch auf kommunaler Ebene.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass das geplante Pilotprojekt

- ein individuelles Grundeinkommen ohne drangsalierende Mitwirkungspflichten vorsieht
- keine Offenlegung privater Lebensumstände erfordert
- Einkommen von Familienangehörigen nicht anrechnet.

Diese Gestaltung bildet **einen echten Kontrast zum bestehenden Bürgergeld-System mit seinen Sanktionen** und kann wichtige Impulse für eine humanere Sozialpolitik setzen.

Der Modellversuch „**Hamburg testet Grundeinkommen**“ ist eine wertvolle Chance, Erfahrungen und Daten zu sammeln und die **Debatte über eine die Menschenwürde sichernde Sozialpolitik zu vertiefen.**

Er muss aber so ausgestaltet sein, dass er Teilnehmende wirksam schützt und valide Erkenntnisse liefert. Darüber hinaus muss die Diskussion um ein existenzsicherndes Grundeinkommen über das Projekt engagiert weitergeführt werden.

Wir stimmen mit: Ja!



AfD sagt **NEIN** zu „Hamburg testet Grundeinkommen“!

- **Grundeinkommen für alle – auch für Millionäre?**
Das ist weder sozial noch gerecht, das ist planlos!
- **Schon getestet, schon gescheitert.**
Keine neuen Experimente mit Ihrem Steuergeld!
- **40 Millionen Euro Steuergeld – für ein Grundeinkommen-Experiment?**
Was wäre Ihnen wichtiger: Bessere Bildung, mehr Sicherheit,
bessere Pflegebedingungen?
Ihre Steuern – Ihre Entscheidung!



Homepage: afd-fraktion-hamburg.de | X: [AfD_Fraktion_HH](https://twitter.com/AfD_Fraktion_HH)
Facebook: [afd.fraktion.hamburg](https://www.facebook.com/afd.fraktion.hamburg) | Instagram: [@afd.fraktion.hamburg](https://www.instagram.com/afd.fraktion.hamburg)
TikTok: [@afdfraktionhamburg](https://www.tiktok.com/@afdfraktionhamburg) | YouTube: [@AfDFraktionHamburg](https://www.youtube.com/AfDFraktionHamburg)